

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

- a) **zu dem Antrag der Abgeordneten Eva Bulling-Schröter, Birgit Wöllert, Caren Lay, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 18/8112 –**

Fortsetzung der Braunkohlesanierung in den Ländern Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen nach dem Jahr 2017

- b) **zu dem Antrag der Abgeordneten Annalena Baerbock, Stephan Kühn (Dresden), Oliver Krischer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 18/8396 –**

Braunkohlesanierung durch die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH fortsetzen

A. Problem

Bund und Länder nehmen die Aufgabe der Braunkohlesanierung seit 1992 gemeinsam auf der Grundlage fortgesetzter Verwaltungsabkommen wahr und haben bisher rund 10 Mrd. Euro in die Braunkohlesanierung investiert. Das aktuelle 5. Bund-Länder-Verwaltungsabkommen über die Finanzierung der Braunkohlesanierung ist am 1. Januar 2013 in Kraft getreten und gilt wiederum für die Dauer von fünf Jahren. Die Lage in den Braunkohlerevieren macht aus Sicht der antragstellenden Fraktionen in jedem Fall deutlich, dass die Nachsorge mitnichten mit Ablauf des Jahres 2017 abgeschlossen sein wird.

B. Lösung

Es ist ein 6. Verwaltungsabkommen über die Regelung der Finanzierung der ökologischen Altlasten zwischen dem Bund und den betroffenen Bundesländern über das Jahr 2017 hinaus zu vereinbaren.

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/8112 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/8396 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Zu Buchstabe a

Annahme des Antrags.

Zu Buchstabe b

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 18/8112 abzulehnen,
- b) den Antrag auf Drucksache 18/8396 abzulehnen.

Berlin, den 30. November 2016

Der Haushaltsausschuss

Dr. Gesine Löttsch

Vorsitzende und Berichterstatterin

Dr. André Berghegger
Berichterstatter

Dr. Hans-Ulrich Krüger
Berichterstatter

Dr. Tobias Lindner
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. André Berghegger, Dr. Hans-Ulrich Krüger, Dr. Gesine Löttsch und Dr. Tobias Lindner

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 170. Sitzung am 12. Mai 2016 die Anträge auf **Drucksachen 18/8112** und **18/8396** zur federführenden Beratung an den Haushaltsausschuss und zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie sowie dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit überwiesen.

Der Antrag auf Drucksache 18/8112 wurde zudem dem Finanzausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Nach Auffassung der antragstellenden Fraktionen soll der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern, sich weiterhin – gemeinsam mit den Landesregierungen von Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen – für einen geordneten Fortgang der Braunkohlesanierung über das Jahr 2017 hinaus einzusetzen und sicherzustellen, dass im Folgeabkommen zur Braunkohlesanierung ab dem Jahr 2018 die grundlegenden Organisations-, Struktur- und Finanzierungsgrundlagen des laufenden Abkommens fortgeführt und die Beseitigung von ökologischen Folgeschäden im besonderen Maße berücksichtigt werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 18/8112 in seiner 84. Sitzung am 6. Juli 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Vorlage abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 18/8112 in seiner 96. Sitzung am 30. November 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Vorlage abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 18/8112 in seiner 88. Sitzung am 6. Juli 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Vorlage abzulehnen.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 18/8396 in seiner 96. Sitzung am 30. November 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., die Vorlage abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** hat den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/8396 in seiner 88. Sitzung am 6. Juli 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., die Vorlage abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 18/8112 und den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/8396 in seiner 89. Sitzung am 30. November 2016 abschließend beraten. Er beschloss mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 18/8112 und den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/8396 abzulehnen.

Der Beschluss zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefasst.

Der Beschluss zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. gefasst.

Berlin, den 30. November 2016

Dr. André Berghegger
Berichtersteller

Dr. Hans-Ulrich Krüger
Berichtersteller

Dr. Gesine Löttsch
Berichtersterlin

Dr. Tobias Lindner
Berichtersteller

